

S T A D T W I T T E N

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klima

am 11.03.2021 im Festsaal des Saalbaus, Bergerstr. 25, 58452 Witten

Anwesend:

stellv. Vorsitzende

Saelzer, Paulina

SPD

Jüngst, Holger, Kuhn, Martin, Viehmeyer, Heinz-Jürgen

CDU

Anding, Sebastian, Fennhahn, Julian, Grunwald, Tobias, Hillert, Siegfried

Bündnis 90 / Die Grünen

Blum, Alina, Priddat, Edeltraud, Dr., Schulz, Ralf, Dr.

bürgerforum+

Strautz, Martin

Die Linke

Kalusch, Oliver

FDP

Schulze-Arendt, Guido

WBG

Surrey, Richard, Dr.

Piraten

Bodden, Patrick

StadtKlima

Hasenkamp, Michael

Beirat für Denkmalpflege

Lippert, Wolfgang, Priebel, Hildegard, Priester, Hardy, Wiegand, Klaus

Integrationsrat

Chikhradze, Nino, Dr.

Seniorenvertretung

Niche, Hartmut

Verwaltung

Keller, Frank, Paulsberg, Sebastian, Reinken, Anja, Dipl.-Ing., Rommelfanger, Stefan, Stadtbaurat, Wylich, Kai

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Öffentliche Sitzung

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Sitzung und spricht den beiden Mitgliedern des Ausschusses, Frau Priebel und Herrn Wiegand, die heute Geburtstag haben, im Namen des Ausschusses Glückwünsche aus.

Dem Vorschlag der Verwaltung und der Empfehlung des MoVe entsprechend schlägt die Vorsitzende vor, die TOP 13, 13.1 und 14 mit den Themen zum Radverkehr heute nicht zu behandeln, sondern zu vertagen. Zu der Gesamtthematik solle eine vorlaufende interfraktionale Runde stattfinden. Die TOP sollen dann wieder in den darauffolgenden Sitzungen beraten werden. Weiterhin schlägt sie vor, den Antrag der Fraktion Die Linke zu TOP 2 als TOP 2.1 in die Tagesordnung einzufügen. Der Ausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Die Vorsitzende erwähnt, dass nach den geltenden Regeln zur Pandemie nach spätestens 75 Minuten eine Pause einzulegen sei. Deshalb appelliert sie an alle, eine möglichst kurze und disziplinierte Sitzung durchzuführen. Sie sieht eine Priorisierung bei den Beschlussvorlagen der Verwaltung; die Beratung der Anträge der Fraktionen müssten deshalb ggf. zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Eine Berichterstattung sei außer zu TOP 2 - hier mit einer kurzen Einführung in das bedeutende Thema - nicht vorgesehen.

1. Berichte der Verwaltung

- entfällt -

2. Strategische Bereitstellung von Wohnbauland - Identifizierung neuer Wohnbauflächen im Stadtgebiet
- Beschluss der Wohnbauflächenpotentialanalyse als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB
Vorlage: 0079/V 17

- 2.1. Änderungsantrag von DIE LINKE: Überarbeitung und Ergänzung der Vorlage: Strategische Bereitstellung von Wohnbauland, Vorlage 0079/V 17,
Antrag - Fraktion DIE LINKE, Nr. 020/2021 vom 10.03.2021
Vorlage: 0085/AG17
-

Herr Rommelfanger leitet kurz in das Thema ein. Er betont ausdrücklich, dass mit der Identifizierung der in der Studie aufgeführten Flächen noch kein Baurecht geschaffen würde. Vielmehr sei jeweils ein Planverfahren notwendig, in dem alle individuellen Belange intensiv geprüft werden würden. Nach reiflicher Überlegung sei die Verwaltung zu dem Entschluss gekommen, die Studie zu überarbeiten, um den heute bedeutsamen Aspekt des Klimaschutzes in den Kriterienkatalog der Studie aufzunehmen. Da das hierzu beauftragte Gutachten zur Klimafolgenanpassung in Arbeit sei, würde die Verwaltung die Studie erst in zirka einem halben Jahr nochmals in die Gremien einbringen können. Zum Antrag der Fraktion Die Linke sagt er zu, dass die Verwaltung die dort aufgeführten Aspekte als Prüfauftrag mit in die Überarbeitung einbeziehen könne.

In der folgenden Diskussion ergeben sich einige Einzelaspekte, Nachfragen sowie kontroverse Auffassungen zum realen Wohnraumbedarf. Abschließend erklärt sich der Ausschuss damit einverstanden, über die Vorlage heute nicht abzustimmen, sondern zu einem späteren Zeitpunkt die überarbeitete Fassung der Studie neu zu beraten.

3. Erweiterung des Ratsbeschlusses "Baulandmanagement, Grundsatzbeschluss" vom 21.04.2008 um die Möglichkeit, an Stelle der Abtretung von Bauland - oder ersatzweiser Geldleistung - die Bereitstellung von förderungsfähigem Mietwohnraum vorzunehmen
Vorlage: 0085/V 17
-

Der Ausschuss empfiehlt den Beschlussvorschlag der Vorlage.

Gegenstimmen: 3

Enthaltungen: -

4. Bebauungsplan Nr. 266 - Sto - "Hörder Straße, Stockumer Bruch"
- Aufstellungsbeschluss
- Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: 0090/V 17
-

Die Vorsitzende nennt den ihr gegenüber mündlich geäußerten Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Vorlage zu vertagen, bis die überarbeitete Studie zu TOP 2 vorläge.

Ratsmitglied Dr. Schulz erläutert diesen Antrag.

Daraufhin lässt die Vorsitzende zuerst über den Antrag, dann über die Vorlage abstimmen:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Bei 10 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist der Antrag abgelehnt.

2. Vorlage:

Der Ausschuss empfiehlt den Beschlussvorschlag de Vorlage.

Gegenstimmen: 7

Enthaltungen: -

5. Beschluss über die Anpassung des Geltungsbereichs der FNP-Änderung Nr. 197 "Bildungsquartier Annen"
Vorlage: 0100/V 17
-

Herr Paulsberg beantwortet einige Fragen der Ausschussmitglieder. Zur Frage, welcher mit Bäumen bewachsener Flächenanteil gerodet werden soll und welcher übrig bleibt, erklärt er, dass die Fläche des von der Petition genannten Urwalds etwas diffus und nicht klar abzugrenzen sei. Eine genauere Antwort sagt er über diese Niederschrift zu (siehe unten).

Daraufhin lässt die Vorsitzende über die Vorlage abstimmen:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt die Anpassung des Geltungsbereichs der Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 197 – Ann – „Bildungsquartier Annen“ gem. Planskizze vom 17.12.2020.

Gegenstimmen: 1

Enthaltungen: -

Nachtrag als Antwort der Verwaltung:

„In dem Plangebiet befindet sich heute eine Waldfläche von rund 15.600 qm. Die Planung sieht vor, im Süden eine ca. 5.000 qm große bestockte Fläche zu erhalten. Diese wird ggf. durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen aufgewertet, welche im Rahmen der Umweltprüfung noch ermittelt werden. An diese sehr naturbelassene Fläche wird sich dann zukünftig der Schulhof anschließen. Dieser soll in großen Teilen ebenfalls naturnah gestaltet werden. Dabei sollen möglichst viele bestehende Bäume erhalten bleiben. Konkrete Zahlen hierzu können erst genannt werden, wenn die Planung zur Landschaftsarchitektur vorliegt.“

6. Bebauungsplan Nr. 239 "Waldstraße/Buchenholz" 1. Änderung
- Aufstellungsbeschluss
- Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: 0102/V 17
-

Die Vorsitzende nennt den ihr gegenüber mündlich geäußerten Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Vorlage zu vertagen.

Ratsmitglied Dr. Schulz erläutert diesen Antrag.

Nach Gegenrede des Ratsmitglieds Grunwald lässt die Vorsitzende zuerst über den Antrag, dann über die Vorlage abstimmen:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

2. Vorlage:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt mit 10 Stimmen dafür,

1. den Bebauungsplan Nr. 239 „Waldstraße/Buchenholz“ 1. Änderung gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB für den Geltungsbereich nach dem Plan vom 25.03.2020 (Anlage 1 der Vorlage) aufzustellen.

2. die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer öffentlichen Veranstaltung oder, sofern die Umstände der aktuellen Pandemie dies nicht zulassen, in Form einer zweiwöchigen Auslegung der Planunterlagen zu beteiligen.

7. Änderung der Parkgebührenordnung und Einführung einer Parkraumbewirtschaftung durch Parkscheinautomaten im Bereich Alfred-Herrhausen-Straße

Letzte Beratung: MoVe 08.03.2021/ TOP 4

Vorlage: 0097/V 17

- 7.1. Änderungsantrag von DIE LINKE: Änderung der Parkgebührenordnung und Einführung einer Parkraumbewirtschaftung durch Parkscheinautomaten im Bereich Alfred-Herrhausen-Straße, Vorlage 0097/V 17

Vorlage: 0083/AG17

Ratsmitglied Kalusch erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Daraufhin lässt die Vorsitzende zuerst über den Antrag, dann über den Beschlussvorschlag der Vorlage abstimmen:

1. Antrag der Fraktion Die Linke:

Bei 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung ist der Antrag abgelehnt.

2. Vorlage:

Der Ausschuss empfiehlt mit 14 Stimmen dafür den Beschlussvorschlag der Vorlage.

Kurz vor Ablauf der 75 Minuten bis zu der angekündigten Pause fragt die Vorsitzende die Ausschussmitglieder, ob die Anträge der Fraktionen vertagt oder heute noch nach einer Pause beraten werden sollen. Der Ausschuss erklärt sich mehrheitlich mit einer Vertagung der Anträge und damit der Beendigung der Sitzung einverstanden.

Im Nachgang zur Sitzung verpflichtet die Vorsitzende in Anwesenheit des Schriftführers Ausschussmitglied und Denkmalbeirat Wiegand durch Vorlesen der Verpflichtungsformel. Herr Wiegand bekundet sein Einverständnis damit, dass er sich während dessen von seinem Platz erhoben hat.

gez. Saelzer
(Stellv. Vorsitzende)

gez. Keller
(Schriftführer)